

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

16. WP - 2. Sitzung

(öffentlicher Teil)

am Donnerstag, dem 12. Mai 2005, 10:00 Uhr,  
in Sitzungszimmer 138 des Landtages

### **Anwesende Abgeordnete**

Günter Neugebauer (SPD)

Vorsitzender

Hans-Jörn Arp (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Frank Sauter (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Holger Astrup (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Klaus Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

in Vertretung von Wolfgang Kubicki

### **Weitere Abgeordnete**

Olaf Schulze (SPD)

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Haushaltsvollzug im Jahre 2004</b>	<b>4</b>
Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 16/1	
<b>2. Terminplanung</b>	<b>5</b>
<b>3. Bericht des Finanzministeriums über den Stand der Kfz-Besteuerung von Wohnmobilen</b>	<b>6</b>
<b>4. Information/Kenntnisnahme</b>	<b>7</b>
<b>5. Vergabe der Schienenpersonennahverkehrsleistungen auf der Strecke Hamburg-Westerland (Netz West)</b>	
Vorlage des Finanzministeriums interner Umdruck 16/12	

Punkt 5 der Tagesordnung wird **nicht öffentlich und vertraulich gemäß Artikel 17 Abs. 3 LV i.V.m. § 17 GeschO** behandelt.  
(siehe nicht öffentlichen Teil der Sitzung, Seite 11)

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und des Landesrechnungshofs sowie die Vertreter der Regierung und stellt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung vor. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Haushaltsvollzug im Jahre 2004**

Vorlage des Finanzministeriums  
Umdruck 16/1

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Terminplanung**

Der Ausschuss wird in der nächsten Sitzung über den Entwurf einer Terminplanung des Finanzausschusses (inklusive Haushaltsberatungen) beschließen. Am 7./8. September 2005 wird der Ausschuss eine Sitzung in Hamburg abhalten und ein Gespräch mit der HSH Nordbank führen. Außerdem will der Ausschuss im Anschluss an eine der nächsten Sitzungen den Landesrechnungshof sowie die Bürgschaftsbank besuchen.

Der Vorsitzende bittet die Ausschussmitglieder, sich generell Donnerstag als Finanzausschusstag freizuhalten und sich darauf einzustellen, dass die Sitzungen des Finanzausschusses bis in den Nachmittag hinein gehen könnten. Dies gelte insbesondere für die Beratungen des Haushalts und die Behandlung der Bemerkungen des Landesrechnungshofs durch die Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“.

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Bericht des Finanzministeriums über den Stand der Kfz-Besteuerung von Wohnmobilen**

Der Vorsitzende weist darauf hin, er habe den Punkt auf die Tagesordnung gesetzt, nachdem aus der Tagespresse zu entnehmen gewesen sei, dass es in Berlin und Bayern unterschiedliche Auffassungen über die künftige Besteuerung von Wohnmobilen gebe. Ihn interessiert der aktuelle Stand und die Frage, ob die Landesregierung beabsichtige, der Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen im Bundesrat zuzustimmen.

St Dr. Wulff erläutert, dass zum 1. Mai 2005 durch die Aufhebung von § 23 Abs. 6 a Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung eine Änderung eingetreten sei. Diese Änderung beziehe sich auf die Einstufung von Kraftfahrzeugen als PKW beziehungsweise LKW abhängig von deren Gesamtgewicht. Eine am 13. April dieses Jahres in den Bundesrat eingebrachte Gesetzesinitiative des Landes Nordrhein-Westfalen birgt nach Ansicht von St Dr. Wulff die Gefahr, dass andere Fahrzeuge umgebaut würden, um die steuerliche Begünstigung zu erlangen. Er vertritt die Auffassung, dass es am besten sei, Wohnmobile weiterhin als PKW zu besteuern, und empfiehlt, das Ergebnis der Bundesratsinitiative abzuwarten.

VP Qualen interessiert, auf welcher Rechtsgrundlage auf die Erhebung der gesetzlich entstandenen Steuer verzichtet werde.

St Dr. Wulff teilt mit, die Finanzämter seien angewiesen worden, bei der Besteuerung weiterhin nach der bisherigen Rechtspraxis zu verfahren, allerdings erfolgten die entsprechenden Steuerfestsetzungen unter dem Vorbehalt der Nachprüfung.

Abg. Müller fragt nach, um welche Summe es sich potenziell bei den Nacherhebungen handeln könne.

St Dr. Wulff antwortet darauf, dass diese Frage so nicht beantwortet werden könne, dass aber angesichts der Haushaltslage des Landes jede Summe entscheidend sei.

Der Ausschuss kommt überein, sich in der nächsten Sitzung von der Landesregierung über das Ergebnis der Beratungen des Bundesrates informieren zu lassen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

### **Information/Kenntnisnahme**

Der Ausschuss nimmt folgende Vorlagen zur Kenntnis:

- Umdruck 16/2 - Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung im Statistischen Amt
- Umdruck 16/4 - Haushaltsreste 2004
- Umdruck 16/5 - Verwaltungsvereinbarung soziale Wohnraumförderung 2005
- Umdruck 16/6 - Automatisierte Liegenschaftskarte
- Umdruck 16/8 - über- und außerplanmäßige Ausgaben IV/2004
- Umdruck 16/11 (neu) - Änderungsvorschlag Einzelplan 02 zum Nachtragshaushalt
- Umdruck 16/18 - über- und außerplanmäßige Ausgaben I/2005

Zu Umdruck 16/2 - Einführung einer **Kosten- und Leistungsrechnung im Statistischen Amt** - richtet P Dr. Altmann folgende Fragen an das Innenministerium:

- Welcher konkreten Ausdifferenzierungen der KLR bedarf es noch bis zum Oktober 2005?
- Wie ist der Stand der noch ausstehenden Umsetzungsarbeiten?
- Besteht ein Umsetzungskonzept, in dem die Kostenermittlung und damit verbunden die Umlage auf die Ressorts (Kostentragungspflicht), ein Benchmarking und Controlling beschrieben werden?
- Welche Vorkehrungen sind getroffen worden, um über die Plankostenrechnung eine Ressortetatisierung/Kostentragungspflicht der Ressorts für den Haushalt 2006 vorzusehen, sofern der Termin „Oktober 2005“ belastbar ist?

Der Ausschuss erwartet eine schriftliche Antwort des Innenministeriums.

Zu Umdruck 16/6 - **Automatisierte Liegenschaftskarte** - erkundigt sich der Vorsitzende nach dem Zeitpunkt des Abschlusses der automatisierten Liegenschaftskarte und des Aufbaus des Geodatenservers.

Bei Umdruck 16/8 - **über- und außerplanmäßige Ausgaben** und Verpflichtungsermächtigungen für das IV. Vierteljahr des Haushaltsjahres 2004 - moniert VP Qualen, dass das Finanzministerium eine Summe von 8,4 Millionen € an Personalausgaben überplanmäßig bewilligt habe, und bittet um eine Stellungnahme der Landesregierung.

Zu Umdruck 16/11 (neu) - **Änderungsvorschlag Einzelplan 02 zum Nachtragshaushalt** - stellt der Vorsitzende fest, dass der Finanzausschuss dem Begehren des Landesrechnungshofs nicht ablehnend gegenüberstehe.

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 10:45 Uhr.

gez. G. Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer